

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Hülsmeyer-
Jensen und Jansen
in Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Verlagsstellen:
Bocholt, Reichshaus,
Hauptstr. 14, Fernspr.
Sammler. 3054.
Hülsmeyer-Jensen,
Bocholt, Hauptstr. 14, Fernspr.
Bocholt, Hauptstr. 14, Fernspr.
Bocholt, Hauptstr. 14, Fernspr.

Nummer 241

Donnerstag, den 30. August

Jahrgang 1928

Die Erhöhung der Reichsbahntarife.

Das Reichsbahngericht hat den Tarifierhöhungsantrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als berechtigt anerkannt. Als Kernpunkt der Entscheidung ist der Satz zu betrachten, daß die Abrechnungen bei der Reichsbahn viel zu geringfügig seien und daß diese schon seit der Übertragung des reichseigenen Betriebes auf die nach dem Dawes-Abkommen gegründete Gesellschaft unter mangelnder Liquidität leide. Eine Verfümmung gegen diese Entscheidung kommt nach den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes nicht in Frage. Sie wäre nur möglich, wenn bei Durchführung der Entscheidung des Gerichts der Zinsen- und Tilgungsdienst der Reparationsschuldverschreibungen der Gesellschaft von der Reichsregierung für gefährdet gehalten würde. Das aber ist bei der Tarifierhöhung unmöglich anzunehmen.

Es ist also zu erwarten, daß am 1. Oktober, da ja die Reichsbahn alle Vorbereitungen bereits getroffen haben wird, die höheren Tarife in Kraft treten werden. Durch sie soll der Reichsbahn eine jährliche Mehreinnahme von 250 Millionen Mark ermöglicht werden. Vier Fünftel dieser Summe sollen durch den Güterverkehr, ein Fünftel durch den Personenverkehr aufgebracht werden. Mit Recht wird befürchtet, daß insbesondere die Erhöhung der Gütertarife auf die Preisentwicklung zurückwirken wird. Namentlich hegt man auch für den deutschen Export Besorgnisse. Die Frachtkosten spielen nun einmal für alle Wirtschaftszweige, für Produktion und Absatz, eine äußerst wichtige Rolle. Und alles kommt nunmehr darauf an, daß bei der Festlegung der einzelnen Tarifposten auf die besonderen Erfordernisse unserer Wirtschaftslage, so weit wie eben möglich, Rücksicht genommen wird. Insbesondere müßte diese Rücksicht der Kohlenindustrie zuteil werden, deren Absatzschwierigkeiten ja nur zu bekannt sind. Wie von unterrichteter Seite verlautet, soll man sich denn auch entschlossen haben, die sogenannten Wettbewerbstarife, insbesondere den Kalkül für Buntmetalle, unverändert bestehen zu lassen, allerdings unter Beibehaltung der auf die Dauer nicht erträglichen Mengengarantie. Desgleichen soll eine Reihe von Wasserumschlagstarifen ohne Änderung weiterbestehen bleiben. Leider aber wird sich insbesondere auf die sonstigen Kohlenpreise eine nicht unerhebliche Erhöhung ergeben. Man hat beispielsweise ausgerechnet, daß durch den erhöhten Frachtsatz sich der Preis der Ruhrkohle in Berlin um 1,10 Mk. pro Tonne höher stellen wird. Und wenn auch die bisherigen Kohlentarife bis 50 Kilometer vorwärts unverändert bleiben werden, so bedeutet trotz der vorgezeichneten Ausnahmen doch die Tarifierhöhung für den deutschen Bergbau eine neue Belastungsprobe.

Erfreulich ist es, daß auf die Interessen der Landwirtschaft wenigstens in etwa Rücksicht genommen werden soll. Der sehr umfangreiche Lebensmittel- und Futtermittel- und Kartoffeltarif sollen von der Erhöhung nicht berührt werden. Hier sollen also die bisherigen Güter aufrechterhalten bleiben. Dagegen ist es leider nicht möglich gewesen, die Aufrechterhaltung des derzeitigen Dünge- und Düngemittel-tarifes durchzusetzen.

Im Durchschnitt wird die Erhöhung der Gütertarife etwa 11 Prozent betragen. Die Reichsbahn ist der Auffassung, daß „in der vorliegenden Weise, wie die Neugegestaltung der Tarife geplant ist“, sie für die Wirtschaft tragbar sein werde. Man ist in maßgebenden Kreisen der Reichsbahn der Ansicht, daß es gerechtfertigt wäre, „aus ihr etwa eine Steuerungsquelle herleiten zu wollen“. Wenn aber zugleich die Hoffung ausgesprochen wird, daß der Mehraufwand an Fracht wenigstens zum größten Teil vom Hersteller und Händler getragen und der Endverbraucher von der Mehrbelastung weniger betroffen werde, so dürfte man doch wohl allen Anlaß haben, solchem Optimismus mit starker Skepsis zu begegnen.

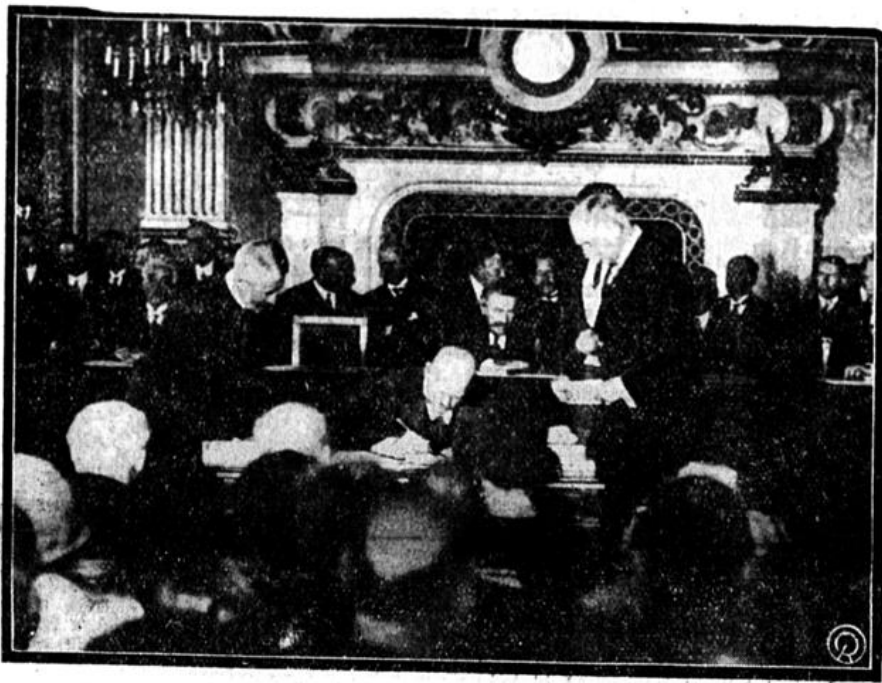
Die Mehreinnahme von 50 Millionen Mark, die aus dem Personenverkehr gewonnen werden soll, ist mit der Einführung des Zweiklassen-systems verbunden. Statt der vier Wagenklassen, die es übrigens nur in Deutschland gibt, werden wir künftig nur eine Holz- und eine Polsterklasse haben. Die vierte Wagenklasse wird verschwinden und die erste Wagenklasse nur noch in gewissen internationalen Expresszügen beibehalten werden. Wer bisher vierter Klasse fuhr und demnach die dritte Klasse benutzen mußte, wird einen um etwa 12 Prozent höheren Kilometerpreis bezahlen müssen. Wer bisher in der dritten Klasse reiste und nun bei der Holzklasse bleibt, wird etwas billiger davon abkommen. Steigt er dagegen in die Polsterklasse auf, so wird sich seine Reise etwas verteuern; aber die Polsterklasse wird doch wesentlich billiger als die jetzige zweite Klasse sein. Leider werden aber die beschleunigten Personenzüge, die insbesondere stark von Reisenden vierter Klasse benutzt werden, in Fortfall kommen. Für Elitägen wird, wie schon jetzt für D-Züge ein Zuschlag erhoben wird. Die Zuschläge für D-Züge aber werden eine ganz beträchtliche Steigerung erfahren.

Die Tarifierhöhung soll ersichtlichweise die Zeitarten nicht treffen. Die Preise für Wochen-fahrten und ähnliche Einrichtungen bleiben also die gleichen wie bisher. Von wie großer Bedeutung das ist, kann man daraus entnehmen, daß auf der Reichsbahn im Jahre 1927 1 909 235 980 Fahrten stattfanden, von denen 831 752 557, also 43,7 Prozent, auf Zeitarten entfielen. Nach der Statistik der Reichsbahn für die Fahrten in der vierten Wagenklasse waren 43,37 Prozent der Reisenden Zeitarteninhaber, Leute also, die zur Arbeit oder zur Schule fahren. Demnach werden von der zwölfsprozentigen Verteuerung der Holz-kasse gegenüber der jetzigen vierten Klasse nur 56,63 Prozent der Reisenden betroffen. Diese Rechnung hat allerdings insofern einen Haken, als wegen des Weg-falls der beschleunigten Personenzüge für einen Teil dieser Reisenden zu den 12 Prozent auch noch die Elitzugzuschläge hinzukommen werden. Alles in allem

wird man aber, insbesondere wegen der Schonung des Berufsverkehrs, die Erhöhung der Personentarife als für die Allgemeinheit nicht allzu schwer ins Gewicht fallend bezeichnen dürfen. Sie ist jedenfalls bei weitem nicht so bedenklich wie die Steigerung der Frachtkosten.

Das Reichsbahngericht hat unter Hinzuziehung von Sachverständigen den ganzen Fragenkomplex eingehend geprüft. Die Objektivität seiner Feststellungen kann nicht bezweifelt werden, und so bleibt der deutschen Volkswirtschaft schlechterdings nichts anderes übrig, als die Belastung mit 250 Millionen Mark auf sich zu nehmen. Alles Aufbäumen dagegen hat sich als zwecklos herausgestellt. Die Reichsregierung, sowohl die vorige wie die jetzige, hat ihr Möglichstes versucht, die Tarifierhöhung zu unterbinden. Sie hat nur erreicht, daß sie hinausgeschoben wurde. Nunmehr muß das deutsche Volk in diesen lauren Apfel beißen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann unterzeichnet den Kellogg-Friedenspakt.



Baldige Räumung der zweiten Rheinlandzone?

Noch unbestätigte Gerüchte.

● Berlin, 29. Aug. Nach dem Ergebnis der Pariser Unterredung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré sind Gerüchte im Umlauf, die u. a. davon sprechen, daß Frankreich bereit sei, unter Umständen seine Zustimmung zu einer baldigen Räumung der zweiten Zone zu geben. Eine solche Bereitwilligkeit Frankreichs ist bereits längere Zeit vor der Pariser Reise Dr. Stresemanns von französischer Seite zum Ausdruck gekommen. Die inzwischen bekannt gewordenen Bedingungen, die Poincaré an die Gesamträumung knüpft, erstrecken sich auf die Lösung der Reparations- und interalliierten Schuldenfrage, die mit Rücksicht auf die amerikanische Innenpolitik (Präsidentenwahl) nicht so bald in Angriff genommen werden können. Wie weiter verlautet, soll Poincaré die baldige Räumung des schmalen Streifens der zweiten Zone davon abhängig gemacht haben, daß dieser Akt nicht als Präzedenzfall für die Frage der Gesamträumung angesehen werde, wogegen von deutscher Seite geltend gemacht worden sei, daß damit nicht etwa die Möglichkeit der Befehlshaltung des restlichen Gebietes über den im Versailler Vertrag festgelegten Termin hinaus gemeint sein dürfte. An Berliner zuständigen Stellen finden diese Gerüchte vorerst noch keine Bestätigung. Man weist lediglich darauf hin, daß sich heute oder spätestens am morgigen Donnerstag ein besonderer Abgesandter Dr. Stresemanns aus Baden-Baden nach Berlin begeben werde, der dem Reichsfunktionär Müller über die zwischen Stresemann und Poincaré besprochenen Fragen ausführlichen mündlichen Bericht erstatten soll.

Für den Fall, daß die Frage der Räumung der zweiten Zone akut werden sollte, weist man schon jetzt in Kreisen des besetzten Gebietes darauf hin, daß der dortigen Bevölkerung mit einem Abtransport der Besatzungstruppen aus der zweiten Zone kaum gedient sei, wenn diese Truppen ganz oder auch nur zum Teil in die dritte Zone verlegt und der dortigen Bevölkerung, die ohnehin genug an der gegenwärtigen Besatzung zu tragen hat, zur Last fallen würden.

Hymans über seine Pariser Besprechungen.

(1) Paris, 29. August. Der belgische Außenminister Hymans, erklärte bei seiner Rückkehr aus Paris dem Brüsseler Vertreter des „Journal des Débats“ erklärt, daß er in Paris weder in der Frage der Rheinlandräumung noch in der des Dawesplanes amtliche Verhandlungen geführt habe. Dagegen habe er mit Briand eine interessante Unterredung über die Rheinlandbesetzung gehabt. Es habe sich nichts geändert; zwischen Frankreich und Belgien bestehe völlige Übereinstimmung. Die Vorschläge zur Abklärung der Besetzungsfrage müßten von deutscher Seite ausgehen. Zum Schluß erklärte Hymans, daß er eine Unterredung mit den deutschen Vertretern über die Räumung des während der deutschen Besetzung in Belgien ausgegebenen deutschen Geldes gehabt habe.

(2) Brüssel, 29. August. Minister des Auswärtigen, Hymans, erklärte bei seiner Rückkehr von der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes einem Mitarbeiter des „Soir“: Bei meiner Unterhaltung mit Briand, Poincaré, Barthelot und Stresemann war von einer eventuellen Räumung des Rheinlandes nicht die Rede. Es war auch nicht der richtige Tag und der richtige Augenblick, um diese Angelegenheit anzuschneiden.

Angebliche Bedingungen für die Gesamträumung.

○ Paris, 29. Aug. Die enge Verbindung der vorzeitigen Rheinlandräumung mit der alliierten Schuldfrage und der Abänderung des Dawesplanes wird von der französischen Presse allerdings in vorläufiger Form als Erfolg der Unterhaltung Poincaré-Stresemann gebührt. Ob mit Recht oder Unrecht, läßt sich zur Stunde noch nicht entscheiden, doch scheint festzuhalten, daß die Besatzungsmächte sich geeinigt haben, die vorzeitige Rheinlandräumung von einer neuen deutschen Sicherheit für die Reparationszahlungen abhängig zu machen. Die von Dr. Stresemann angeblich gemachten Vorschläge für die deutsche Unterzeichnung bei der

Mobilisierung der Eisenbahnbahnstationen auf dem internationalen Markt dürften dagegen mit einem gewissen Zweifel aufgenommen worden sein, solange nicht feststeht, wie die Regierung der Vereinigten Staaten und die von ihr abhängige amerikanische Finanzwelt sich zu diesem erneut auftauchenden deutschen Vorschlag einstellen werden. Eine neue Sicherheit für die Westgrenze Polens verlange man auf Seiten der Alliierten heute nicht mehr, wie dies aus den polnischen Seiten nicht ohne Bedauern zugegeben wird. Nach allen hier vorliegenden Nachrichten scheint daher in der Frage einer vorzeitigen Rheinlandräumung in Paris kein endgültig entscheidender Schritt vorwärts gemacht zu sein. Immerhin wird die Unterhaltung Poincaré-Stresemann als ein Positivum gewertet werden können, das die Verhandlungen des Reichstanzlers Müller in Genf erleichtern wird.

London, 29. Aug. „Evening Standard“ hört von bestunterrichteter Seite, daß die Aussprache Dr. Stresemanns mit Poincaré zwar sehr freundlich gewesen sei, aber keinen Zweifel habe aufkommen lassen, daß die deutsche und französische Einklangung in der Räumungsfrage unvereinbar seien. Die französische Regierung wolle nicht einmal die Räumungsfrage erörtern, bevor ein endgültiges Abkommen über die internationale Schuldfrage erzielt sei; dies sei aber unmöglich, solange die amerikanische Einklangung sich nicht geändert habe. Deutschland werde daher im nächsten Monat die Frage dem Völkerbund unterbreiten, und damit die Welt zur Stellungnahme auffordern.

Statt Ausschlusses Lambachs nur ein Verweis.

Das Urteil des deutschen nationalen Parteigerichts.

Von unserer Berliner Redaktion.

● Berlin, 29. August.

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Schufz, Bromberg hat heute das oberste Parteigericht der Deutschnationalen Volkspartei den Fall Lambach verhandelt. Die Sitzung des Gerichts hat vom Vormittag bis zum Abend gedauert und zu folgendem Urteil geführt:

„Unter Abänderung des Beschlusses des Vorstandes des Landesverbandes Potsdam II vom 24. Juli 1928 wird gegen den Reichstagsabgeordneten Lambach auf einen Verweis erkannt.“

Aus der Begründung des Urteils hebt die deutschnationale Pressestelle folgende Punkte hervor:

„Dem Landesvorstand Potsdam II wird darin beigegeben, daß der Aufsatz „Monarchismus“ des Abgeordneten Lambach nach Form und Inhalt scharf zu mißbilligen ist. Andererseits hat das Parteigericht unter Würdigung des gesamten Sachverhaltes die Überzeugung gewonnen, daß der Abgeordnete Lambach nicht einen „Verstoß“ gegen das Parteiprogramm beabsichtigt habe, sondern der Partei nützen wollen. Da die monarchistische Einstellung des Herrn Lambach und sein öffentliches Eintreten dafür außer Zweifel stehen und er überdies sein Bedauern ausgedrückt hat, Gefühle der Berehrung verliert zu haben, kommt das Parteigericht zu dem Schluß, daß man Herrn Lambach nicht aus der Partei ausschließen könne, weil er einen falschen Weg eingeschlagen habe, für einen Zweck, den er für die Partei nützlich hielt. Es bleibt aber die Mißbilligung, die auch das Parteigericht zu dem Aufsatz „Monarchismus“ ausgesprochen muß. Deswegen ist gemäß § 21 Absatz 2 der Satzungen auf einen „Verweis“ erkannt worden.“

Die Auseinandersetzung, die Herr Lambach an einen Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Lang geknüpft hat, stellt eine grobe Tatsachlichkeit dar, die das Parteigericht rügen muß. Es kann aber darin kein Tatbestand erblickt werden, der nach § 17 der Satzungen den Ausschluß eines Parteimitgliedes rechtfertigt.“

Die Angelegenheit ist somit jetzt, wenn Lambach sich mit diesem Urteil abfindet, nach der formellen Seite hin erledigt. Gegenüber dem Ausschlußurteil des Landesverbandes bedeutet das Urteil der obersten Parteinstanz für Lambach sogar in gewissem Umfang eine Rehabilitierung. Ob aber damit die Angelegenheit tatsächlich erledigt ist, darf man fraglich bezweifeln. Das Verfahren vor dem obersten Parteigericht hat erneut mit aller Deutlichkeit die beiden Strömungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die sich scharf einander gegenüberstehen, in die Erscheinung treten lassen. Hugenberg, der mit seinem Kreis und mit der ihm ergebenen Presse bis zur letzten Stunde einen teilweise maßlosen Feldzug gegen die Richtung Lambach, d. h. gegen den gewerkschaftlichen Flügel der Deutschnationalen geführt hatte, hat durch das Urteil der obersten Parteinstanz eine Niederlage erfahren. Ob er sich damit abfinden will, weiß man nicht. Die Drohungen, die er und seine Freunde gegenüber der Parteileitung im Falle Lambach ausgesprochen haben, daß ihr Kreis bereits Fraktionsstärke habe, legen die Vermutung nahe, daß Hugenberg den Kampf, den er nach außen hin jetzt zunächst verloren hat, mit verdoppelter Energie innerhalb der Partei fortsetzen wird. Dazu werden sich in den nächsten Monaten zweifellos Gelegenheiten genug geben, und man wird damit rechnen müssen, daß der Kampf bei besonders schwerwiegenden politischen Entscheidungen gelegentlich erneut ausbrechen und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem industriellen Hugenberg-Flügel und der gewerkschaftlichen Richtung, die durch Lambach in der Deutschnationalen Volkspartei vertreten ist, führen wird.

Die von dem „Berliner Tageblatt“ und dem „Jungdeutschen“ verbreiteten Meldungen, wonach zwischen dem Grafen Westarp und dem Parteigericht der Spruch vorher festgelegt worden sei, wie die deutschnationale Pressestelle feststellt, tendenziös erfunden. Eine Beeinflussung des Parteigerichtes sei von keiner Seite versucht worden.

Minderheitenkongress.

Bras, 29. August. Der vierte Minderheitenkongress wurde heute vormittag von seinem Präsidenten, dem italienischen Abgeordneten im italienischen Parlament, M. L. in Anwesenheit von etwa 70 Delegierten der nationalen Minderheiten aus den verschiedensten Teilen Europas eröffnet. Der Vorsitzende Dr. Wilan begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die neuere Gruppe der bulgarischen Minderheit in Rumänien und die ukrainische Minderheit aus Polen und der Tschechoslowakei. Er betonte, daß die im vorigen Jahre ausgetretenen Minderheitengruppen aus Deutschland, trotz der unglücklichen Ereignisse, die den Kongress fern riefen und daß dann ein Rückblick über die Entwicklung und über die Arbeiten seit dem letzten Minderheitenkongress. Der Hauptgegenstand der diesjährigen Tagung sei die Förderung der Minderheiten. Die Lage der Minderheiten und der Völkerverbund. Die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem Völkerverbund und den nationalen Minderheiten sei eine dringende Aufgabe. Der Völkerverbund müsse ernsthaft an die Behandlung der Minderheitenprobleme herantreten. Der Kongress trat Dr. Wilan für die auch unglückliche auf der Weltunion des Völkerverbundes im Haag erhobene Forderung nach Errichtung eines Ständigen Ausschusses für Minderheitenfragen im Völkerverbund ein. Der Kongress, dessen Beratungen drei Tage dauern werden, beschloß am Schluß der Eröffnungsansprache, Staatssekretär Kellogg ein Telegramm zu senden, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß der Wert der Minderheiten des Völkerverbundes durch die Verwirklichung der nationalen Minderheiten gefördert werden könne.

Genf, 29. Aug. In Anwesenheit der Teilnehmer an der Minderheitenkonferenz, die am Donnerstag in der Tagung der eschloß sich der Tagung als Beobachter teilnehmen werden. Eine Besichtigung dieses Gebäudes war bisher nicht zu erzielen. Die Besichtigung, die beiden in dem großen Kolonnaden-Autonomiestraße angelegten Eisfahrgeschäft und Haus am Donnerstag in Genf eintreffen. Der eifrige Kammerabgeordnete Dahlet wohnte bereits am Mittwoch den Verhandlungen der Minderheitenkonferenz bei.

Eine neue Eisenbahnverkehrsordnung ab 1. Oktober.

Bis jetzt galt auf den deutschen Eisenbahnen die alte Eisenbahnverkehrsordnung vom Jahre 1908. Die Nachkriegszeit mit ihren oft grundlegend veränderten Verhältnissen, dann aber auch die Bestimmungen des internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnverkehr, Personen- und Güterverkehr, dem auch Deutschland im Jahre 1927 beitrug, haben eine Modernisierung der Eisenbahnverkehrsordnung notwendig gemacht. Am 1. Oktober werden nun die neuen Bestimmungen in Kraft treten.

In der neuen Verkehrsordnung wird nicht mehr von Fahrkarten, sondern nur noch von Fahrtauschei gesprochen, denn es gibt jetzt auch Fälle, z. B. bei Befreiung von Schutzwaffenbesitz, in denen der Befreiung ein Ausweis notwendig ist. Da bei den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen mit häufiger Veränderung der Fahrpreise kaum zu rechnen ist, wird die Fahrpreise auf der Grundlage der Eisenbahn und der Eisenbahnverkehrsordnung, die wieder eingeführt wird, werden man sich bei den Angaben nur auf die hauptsächlichsten Reiseverbindungen beschränken. Wer darüber hinaus wünscht, erhält an den Fahrkartenausgaben der Bahnhöfe, wie in den Reisebüros näheren Aufklärung. Im übrigen sollen die Fahrkarten wieder wie früher den Fahrpreisen aufgedruckt erhalten und außerdem angegeben, ob die Befreiung verschiedener Wege bzw. Befreiungsmittel gestattet ist.

Die Bestimmungen über die Befreiung in den Abteilen sind ebenfalls geblieben. Für den Fall, daß man wegen Ueberfüllung des Zuges oder aus anderen Gründen keinen Platz in der Klasse, für die man einen Fahrpreis bezahlt, erhalten kann, ist im wesentlichen die gleiche Regelung wie bisher getroffen, jedoch ist der Zugführer nach der neuen Eisenbahnverkehrsordnung ausdrücklich verpflichtet, dem Reisenden dann einen Platz in der nächsthöheren Klasse anzuweisen. Nichtraucher-Abteile müssen in sämtlichen Klassen geführt werden. Sofern in einem Zuge nur ein Abteil 2. oder 3. Klasse vorhanden ist, darf nicht geraucht werden. Andererseits aber ist die Befreiung der alten Verkehrsordnung, nach der man Abteile und Seitengänge von Nichtraucher-Wagen nicht mit brennenden Zigarren, Zigaretten usw. betreten durfte, gestrichen worden. Als Reisegepäck sind — im Gegensatz zu früher — Gegenstände aller Art zugelassen, sofern sie in Reisekoffer, Kisten, Taschen, Säcken oder in sonstiger Weise verpackt sind. Für die Mitnahme von Handgepäck sind lediglich die Bestimmungen über gefährliche Gegenstände (Schusswaffen usw.) verpackt worden. Die Zollabfertigung wird in Zukunft — wenn der Reisende nicht selbst dafür sorgt — von der Eisenbahn gegen Erstattung der Gebühren und Auslagen veranlaßt werden. Von Wichtigkeit ist noch die Bestimmung in der neuen Verordnung, daß die Bahnhöfe auf Bahnhöfen mit geringerer Verkehrsdichte eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges geöffnet zu werden brauchen. Für große Bahnhöfe hat man es bei der bisherigen Frist von einer Stunde belassen.

Polens Handelspolitik.

Warschau, 29. Aug. Der „Kurjer Poranna“ veröffentlicht heute eine Unterredung mit dem vor zwei Tagen aus Warschau zurückgekehrten Ministerpräsidenten Bartel, in der sich Bartel über die wichtigsten Fragen äußert, mit denen sich die polnische Regierung zurzeit beschäftigt.

Bartel erklärte, daß die Wirtschaftspolitik polnisch und gütlich weiterentwickelt. Besondere Sorge bereite allerdings der Stand der Industrie, die durch eine Neuorganisation und Stärkung des Export gefördert werden solle. Ferner müsse Polens Handelsflotte vergrößert werden, ohne die eine rationelle Organisation des Exports nicht möglich sei. In den politischen Handelsbeziehungen müsse das Interesse für den Export gewahrt werden. Bezüglich der Getreidepolitik erklärte Bartel, daß man die Ausfuhr mit Zöllen belegen werde, die Einfuhr dagegen zollfrei sein werde. Die staatlichen Getreideerzeugnisse sollten dazu dienen, den Preis auf der gleichen Höhe zu halten. Auf die Frage nach dem Verkauf einer polnischen Güterwerte in Oberschlesien an den amerikanischen Konzern erklärte Bartel, daß die Behandlung dieses Gegenstandes im Ministerium noch verhandelt werden sei. Über die bevorstehende Verfassungsänderung sprach sich Bartel ebenfalls bereits in einer früheren Unterredung aus, daß die Initiative dazu von der Regierung ausgehen werde und daß er sich in kurzer Zeit damit beschäftigen werde. Der Minister betonte, daß die Verfassung über eine Verfassungsänderung im Hinblick auf die Regierung und erklärte, daß ihm nichts davon bekannt sei.

Kleine politische Nachrichten.

Vernichtung der unglücklich gewordenen Industrieobligationen.

Berlin, 29. Aug. Heute sind von der Bank für deutsche Industrieobligationen im Beisein eines Ver-

Amerikanische Dekretifizierung nach der Präsidentenwahl.

Sichere Mehrheit für den Pakt im Senat.

London, 29. Aug. In einer Neumeldung aus Washington heißt es: Das einzige heute hier erörterte Thema ist die Frage, wie sich der Senat dem gegenwärtigen Vertrag verhalten wird. Es wird allgemein erwartet, daß der Senat den Vertrag mit sicherer Mehrheit ratifizieren wird, sofern nicht ein Sturm am politischen Firmament ausbrechen werde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß ein ausgeprägter Friedenswille in amerikanischen Volk in seiner Gesamtheit und auch bei sämtlichen Kandidaten ist, die bevorstehenden Präsidentenwahlen im November bestreiten. Wenn die Frage der Dekretifizierung des Kellogg-Paktes dem Senat vorgelegt wird, wird die Wahl bereits einstimmig der Ansicht, daß auch dies dazu beitrage, die Angelegenheit aus dem Gebiete der Parteipolitik zu entfernen. Präsident Coolidge hat bekanntgegeben, daß er dem Kellogg-Pakt von ganzem Herzen zustimme, und unzweifelhaft wird dieser von der gesamten Regierung unterstützt. Auch Senator Borah wird voraussichtlich in loyaler Weise für ihn eintreten. Augenblicklich empfindet man in amtlichen Kreisen einiges Unbehagen angesichts der Frage, wie man den Vertrag mit ihrer Forderung nach mehr Schiffen in Übereinstimmung bringen könne. So habe ja auch Präsident Coolidge seine fälschliche Rede in Superior (Wisconsin) größtenteils dem Argument gewidmet, daß das amerikanische Marineprogramm nur den Zweck verfolge, die Verteidigungsmittel des Landes auf eine seiner Verantwortung entsprechende angemessene Höhe zu bringen.

Kelloggs Abreise nach Irland.

Paris, 29. Aug. Staatssekretär Kellogg hat in Begleitung des Präsidenten des irischen Freistaates,

Cosgrave, heute früh 8 Uhr Paris verlassen. Beide haben sich in der Nähe von Bord des amerikanischen Kreuzers „Detroit“ begeben, der nach Irland in See gegangen ist. (Beachtung verdient, daß Kellogg zwar nach Irland fährt, aber London, wo er früher Reichsminister gewesen ist, nicht verläßt. Das Senatsparlament in Washington ist durch den britisch-französischen Geheimvertrag schwer verknüpft und nach der Washingtoner Post soll Präsident Coolidge an Kellogg die Weisung gegeben haben, London zu schneiden.)

Ein Zwischenfall in Rambouillet.

Verhaftung von Frauenrechtlerinnen.

Paris, 29. Aug. Während des Frühstücks, das der Präsident der Republik, Doumergue, zu Ehren der Diplomaten, die den Kellogg-Pakt unterzeichneten, in Rambouillet veranstaltete, kam es zu einem Zwischenfall. Eine Anzahl Frauenrechtlerinnen unter Führung der Amerikanerin Doris Stevens wollten dem Präsidenten der Republik ein Schreiben überreichen, in dem sie um eine Audienz von 10 Minuten baten. Während der Dauer des Frühstücks, so berichtet „Le Petit Journal“, wurden die Frauenrechtlerinnen auf der Polizeiwache festgehalten. Einige von ihnen wollten ein, die Stadt ohne Kundgebung zu verlassen. Diejenigen, die eine Verhaftung, die Ordnung nicht zu halten, nicht übernehmen wollten, wurden bis nach der Abfahrt der Gäste des Präsidenten auf der Polizeiwache festgehalten. Um 1/4 4 Uhr sollen alle Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt worden sein. Nach der „Chicago Tribune“ sollen die Polizeibeamten die Frauen, die die Frauen mitgebracht hatten, sowie das Original des Schreibens an den Präsidenten zerissen und auf den Boden gemorren haben. Die Frauenrechtlerinnen sollen den Versuch gemacht haben, Ansprachen zu halten, seien jedoch von der Polizei daran gehindert worden.

Die neue Tagung des Völkerbundsrats.

Die Besprechungen Stresemanns mit von Schubert.

Baden-Baden, 29. August. Heute vormittag gegen 9 Uhr traf die deutsche Delegation für Genf in Baden-Baden ein. Nach der Ankunft begab sich Staatssekretär von Schubert sogleich in das Hotel Bellevue, wo eine kurze Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem Führer der Genfer Delegation über die Genfer Ratstagung stattfand. Kurz vor 11 Uhr verließ Staatssekretär von Schubert das Hotel, um mit der gesamten Delegation 11 Uhr die Reise nach Genf fortzusetzen. Ein Zeitpunkt für die Aussprache zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann und dem Reichsminister Hermann Müller in Baden-Baden ist noch nicht festgelegt. Der Gesundheitszustand Dr. Stresemanns ist befriedigend.

Die deutschen Vertreter eingetroffen.

Genf, 29. Aug. Die deutsche Abordnung zu der am Donnerstag beginnenden Tagung des Völkerbundsrates ist am Mittwoch abend mit Staatssekretär von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gauß an der Spitze, in Genf eingetroffen. Reichsminister Müller wird am Sonntag erwartet. Zu dem Beginn der Ratstagung am Donnerstag sind am Mittwoch bereits der Vertreter Chamberlains, Lord Cusheen, der holländische und der finnische Außenminister eingetroffen. Die Tagung des Völkerbundsrates wird, wie üblich, am Donnerstag früh mit einer Gesamtsitzung beginnen, in der die Tagesordnung aufgestellt wird. Man nimmt allgemein an, daß die litauisch-polnischen Fragen erst in der nächsten Woche nach dem Eintreffen Litauens und Müllers zur Sprache gelangen werden.

Die Rheinlandfrage in Genf.

Genf, 29. Aug. Die äußere Zurückhaltung, die über die Pariser Besprechungen des Reichsministers Dr. Stresemann mit Briand und Poincaré bisher geführt wurde, wird auch in der heutigen Zusammenkunft von Staatssekretär Dr. Schubert mit dem Reichsaussenminister in Baden-Baden in der Umgebung des Staatssekretärs weiter beobachtet. Jedoch wird sich nunmehr auch in Genf Gelegenheit bieten, in Verfolg der vor einigen Wochen von Deutschland bei den Mächten der Völkerverbundkonferenz in der Rheinlandfrage unternommenen Demarche, die Besprechungen mit den Hauptdelegierten der an der Rheinlandbefreiung interessierten Mächte fortzusetzen, und dabei die Auffassungen dieser Mächte über die Gesamtfrage des

Reichsregierung und des Reichsministers für Industrieobligationen, die bei der ersten Umlegung der Industriebelastung nach dem Industriebelastungsgebot den belarischen Unternehmen ausgeteilt worden, soweit diese Industriebelastung nicht für die zweite Umlegung berichtigt werden sind.

Einleitung des kommunistischen Volksbegehrens.

Berlin, 29. Aug. Heute mittag überreichten die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Bied und Mingenberg im Reichsinnenministerium den Auflassungsantrag auf Einleitung des Volksbegehrens für nachfolgenden Antrag: „Der Bau von Panzerkreuzern und Kriegsschiffen ist verboten.“ Der Antrag ist unterzeichnet von der kommunistischen Partei Deutschlands und dem Roten Frontkämpferbund.

Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen.

Berlin, 29. Aug. Im Einvernehmen mit der Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken ist als Zeitpunkt für die Fortsetzung der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen Ende Oktober in Aussicht genommen. Die 1. J. auf deutsche Anregungen wieder aufgenommenen Verhandlungen sichern den Zweck und eine den tatsächlichen Verhältnissen besser angepaßte Auslegung der jetzt gültigen Vertragsbestimmungen, um den

Räumungstermin einer Klärung entgegenzuführen. Weitergehende Verhandlungen sind vorerst nicht zu erwarten. Bisher hatten sich ähnliche Besprechungen nur in Form von Unterhaltungen zwischen einzelnen Staatsmännern abgespielt, während die bevorstehenden Besprechungen in Genf vielleicht in einem größeren Rahmen, und damit zwischen den deutschen Vertretern und den Hauptdelegierten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans vor sich gehen werden.

Die rumänisch-ungarische Optantenfrage.

Genf, 29. Aug. Der Antrag der ungarischen Regierung, auf Neubehandlung des ungarisch-rumänischen Optantenstreits, entsprechend der anfangs dieser Woche bekanntgegebenen Note der ungarischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerbunds, ist als letzter Punkt auf die Tagesordnung der morgen vormittag beginnenden 11. Ratstagung gestellt worden. Die neue Tagung des Völkerbundsrates steht bekanntlich unter dem Vorsitz des finnischen Außenministers Procope. Gleichzeitig mit dem Völkerbundsrat tritt am Donnerstag vormittag das Finanzkomitee des Völkerbunds zu einer Tagung zusammen. Vor allem dem Völkerverbund der bulgarischen Stabilitätsanträge und der Weiterbehandlung des finnischen Antrages auf Schaffung eines internationalen Fonds zur finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten.

Die Konvention über die Kontrolle der Rüstungsindustrie.

Genf, 29. Aug. Der Sonderausschuß zur Vorbereitung einer Konvention über die Kontrolle der Rüstungsindustrie hat heute vormittag die Einzelberatung abgeschlossen. In dem Bericht an den Rat, der in der Schlussungung vom Donnerstag Nachmittag zur Annahme kommen wird, sollen alle Meinungsverschiedenheiten und Vorbehalte, die zu einigen wesentlichen Artikeln des Vorentwurfs aus der jetzigen Tagung aufgetreten sind, verzeichnet werden. Der Vertreter Polens hat mit Unterstützung Rumäniens und Finnlands den vom Ausschuss schließlich angenommenen Antrag gestellt, in die neue Konvention eine Klausel aufzunehmen, wonach die Anwendung der Konvention für die Ratifikanten Sowjetrusslands so lange ausgesetzt werden soll, bis Sowjetrussland durch Ratifizierung der Konvention ebenfalls beitrifft. Die gleiche Bestimmung wurde ebenfalls vor drei Jahren in die Waffenhandelskonvention aufgenommen und ist bereits auch vom vorbereitenden Ausschussauschuß grundlegend für die allgemeine Abrüstungskonvention angenommen worden.

Bevorstehender Schritt des Papstes in der Friedensfrage?

London, 29. August. „Daily Express“ berichtet aus Rom, der Papst bereite ein wichtiges Dokument über den Weltfrieden vor, in dem er indirekt dem in Paris unterzeichneten Friedenspakt seine volle Zustimmung gebe, zugleich aber Priorität für den Weltfrieden in der Erregung der Initiative in dieser Frage beanspruche.

Japan bereit, mit China zu verhandeln.

Tokio, 29. August. Es verlautet, daß die japanische Regierung beschloffen hat, dem Vorschlag der chinesischen Regierung, über die Frage einer Revision des zwischen beiden Ländern bestehenden Vertrages in Verhandlung zu treten, stattzugeben.

Ein Flugzeug mit sieben Personen verschollen.

Port Angeles (Staat Washington), 29. Aug. Von dem Flugzeug, das am Sonnabend in Victoria (Britisch-Columbien) mit zwei Flugzeugführern und

fünf Passagieren nach Seattle aufgestiegen ist, fehlt noch immer jede Spur. Unter den Passagieren des Flugzeuges befand sich auch der bekannte englische Politiker Mr. Scott und seine Frau, die sich auf einer Studienreise in Kanada befanden.

Von Nah und fern.

Selbstmord des Schriftstellers Bäumer.

Berlin, 29. Aug. In seiner Wohnung Thomaststraße 8 fand man um 11 Uhr mittags den 40 Jahre alten Schriftsteller Ludwig Bäumer mit Gas vergiftet tot auf. Wirtschaftliche Sorgen sind die Gründe zum Selbstmord.

Auf offener Straße erschlagen.

Berlin, 29. August. In der Danziger Straße wurde heute nachmittag der 29jährige Gastwirt Priesmuth vor seinem Hause von zwei unbekannten Männern überfallen und niedergeschlagen. Priesmuth erlitt schwere Verletzungen, denen er bald darauf erlag. Die Täter sind flüchtig.

Politische Zusammenstöße im Norden Berlins.

Berlin, 29. August. Gestern abend gegen 10.30 Uhr kam es am Pappelplatz bei der Kreuzung der Adler- und Invalidenstrasse zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialistenschülern und der Polizei. Zwei Sozialistenschüler, die von den Teilnehmern eines Demonstrationsschlages bedrängt wurden, gaben mehrere Schüsse ab, durch die zwei Personen Verletzungen erlitten. Erst beim Erscheinen des Ueberfallkommandos gelang es, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die beiden Sozialistenschüler haben nur unerhebliche Verletzungen davongetragen. Acht Sozialistenschüler wurden verhaftet und noch in der Nacht dem Polizeipräsidium zugeführt.

Von der stürzenden Mauer getötet.

Zehlendorf, 29. Aug. Bei der Einfahrt in den Hof der von der vierten Jährigen Nachbarnabteilung Dresden als Quartier benutzten Kesselschule rannte ein Paktauto der Abteilung gegen einen Pfeiler. Der Pfeiler stürzte um und rief einen Teil der Mauer mit. Drei hinter der Mauer spielende Kinder im Alter von 5, 6 und 7 Jahren wurden von der fallenden Mauer getroffen und schwer verletzt. Das sechs-jährige Schönlage eines Fabrikanten starb bald nach dem Unfall. Nach der sofort eingeleiteten Untersuchung soll den Wagenführer keine Schuld treffen, da die Bremse des Wagens verfault hat.

Kein Verbrechen, sondern Selbstmord.

Ulm, 29. Aug. Der Tod des Uhrmachers, der gefesselt auf der Bahnstraße nach Reiche tot aufgefunden wurde, konnte inzwischen aufgeklärt werden. Es handelt sich um den Selbstmord eines Geisteskranken. Der Uhrmacher hatte sich selbst gefesselt.

Schweres Autounfall.

Budapest, 29. Aug. Heute früh ist in der Nähe der Hauptstadt ein Automobil mit fünf Insassen auf bisher noch nicht aufgeklärter Ursache in den Straßenarabien gestürzt, wobei ein im Wagen befindliches junges Mädchen ums Leben kam, während von den übrigen Insassen ein Augenmerk einen Schädelfraktur erlitt. Die übrigen drei Insassen, unter denen sich auch die Frau des Ingenieurs befand, erlitten ebenfalls schwere Verletzungen.

Die Verhaftung zweier Deutscher in Sonderheim.

Paris, 29. August. Japas gibt in einer Meldung aus Mainz folgende Darstellung von der Verhaftung zweier Deutscher in Sonderheim: Am 20. August kam es in Sonderheim, wo gerade ein Jahrmarsch abgehalten wurde, zu einem Zwischenfall. Zwei französische Unteroffiziere der Garnison von Sonderheim wurden von mehreren deutschen Arbeitern beschuldigt. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet und die Gendarmerie von Sonderheim nahm zwei Arbeiter fest, die mit den Unteroffizieren konfrontiert wurden. Einer von ihnen, der einwandfrei erkannt wurde, wurde in Haft genommen und in das Landauer Militärgefängnis gebracht. Der andere wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Ein Vermächtnis Lord Halsbanes an die Universität Göttingen.

London, 29. Aug. Lord Halsbane hat der Universität Göttingen, wo er studiert hatte, 1000 Pfund Sterling vermacht.

Orkan und Überschwemmung im Amurgebiet.

Moskau, 29. August. Ueber der Stadt Sejs im Amurgebiet wütet ein harter Orkan. Da die Stadt überschwemmt ist, wird die Bevölkerung auf den umliegenden Anhöhen untergebracht. Aus Wladiwostok ist ein Dampfer zur Hilfeleistung der Bevölkerung abgejagt worden.

Alkoholschmuggel eines fremden Unterseebootes an der schwedischen Küste.

Stockholm, 29. August. An der schwedischen Westküste wurde heute ein über die Wasserfläche eines Unterseebootes, das die schwedische Küste führte, beobachtet, von dem man annahm, daß es ein toloschmuggel trieb. Das Boot war etwas größer als die schwedischen U-Boote. Nach Mitteilung von zugehöriger Stelle befindet sich gegenwärtig kein schwedisches U-Boot in den betreffenden Gewässern. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Schweres Unwetter bei Mailand.

Mailand, 29. August. In den späten Abendstunden traf hier die Meldung ein, daß Monza, eine der bedeutendsten Industriestädte, von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht wurde. Es begann mit einem schweren Gewitterregen und Hagel, der auf den Feldern großen Schaden anrichtete. Dann setzte ein furchtbarer Sturm ein, der vier Fabrikshäuser zum Einsturz brachte. Die Trümmer durchflogen die Dächer der Fabrikgebäude, wobei zahlreiche Arbeiter getötet und verwundet wurden. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt; dagegen beträgt die Zahl der Verletzten weit über 100.

Furchtbare Folgen einer Brandstiftung.

Toronto, 29. Aug. Bei einem Brand in einer Mietwohnung kam ein Ehepaar mit seinen drei kleinen Kindern ums Leben. Ein viertes Kind wurde gerettet. Als die Feuerwehr in die von allen Seiten von Feuer eingeschlossene Wohnung eindrang, fand sie unter der verfallenen Leiche des Vaters zwei der Kinder noch am Leben. Das eine davon starb später im Krankenhaus. Die Mutter und das jüngste Kind, das an ihre Brust geklammert war, hatten ebenfalls den Flammentod gefunden. Das verlorbene Kind erklärte vor seinem Tode, unbekannte Feinde hätten die Familie mit Gewalt bedroht. Die Behörden stellen Nachforschungen an.

47 Todesopfer der Sturmflutkatastrophe in Haiti.

London, 29. Aug. Nach bei der diplomatischen Vertretung Haitis in Washington eingegangenen Nachrichten sind bei der kürzlichen Sturmflutkatastrophe in Haiti 47 Personen ums Leben gekommen. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Toten noch beträchtlich größer ist. An den Rasse- und Bananenplantagen ist ein Schaden angerichtet worden, was in diesem Umfang bisher nicht zu verzeichnen war.

Rheder

Kreisblatt Stadtfriedrich
Mittlerer
des Landrats
von Bürgern
Jahren und
d. a. Kreis

Nummer

Frage reform

Fehr

manch
zu den
ohne
Kart u
Frage
nicht n
wir w

Wenn jeder
Problem, Reich
zu lösen, begrüßt
so gilt das gewöhn
Anfang des Jahres
Luther als Führer
Reiches eingeleitet
vom Bund aufge
die Deffektivität
Nahrung veranlaßt
Auschnitt aus de
Urteil sei erst na
gebüßes des Bu
rung reflektiert
wordenen Selbst
beigefügten allg
Anlaß, in großen
Frage zu form
teilung des Plan

Zwei Hauptziele
der Notwendigkeit
der Finanzg
seiner Existenz ge
Zweck Vereinig
des Staatsorgani
abzuwarten sein,
daß seine Vorschlä
Verbüßung bring
Licht des Re
und dem großen
Neuenerkennung
Sanierung und al
Die Befreiung d
Vorschläge des L
das Nebeneinander
wollen bei weite
Gedachte auf die
geltende Reichsver
Abhilfe in einer
ders Preußens d
Sinne der Verfa
Weg, in den Ver
Sicherheit der Sa
für eine Stärkung
Aufhebung des pre
befähigen; die sich
Staatskraft sei au
überflüssig gewor
drohten Osten
des fogen, gemä
Leistungen und We
die geschäftliche
der ein starkes Re
nicht auf einem ge
beruht, sondern in
Ländern von glei
nähern gleicher
Etage findet, ein
Stens, der deut
Kraft nicht ausre
lehen ein sog. G
Einverleibung der
schen und mittelbe
behaltung einer b
macht verstehen. A
Verloppeln
Preußen nach
stellung ist keine R
Weg gesucht. Br
Häufeln der Reich
lebenden norddeu
ausführlich Sach
soll Reichslan
bleiben mit Eigen
desverordnungsge
Beamten, aber die
zentralen Verwalt
nicht auf die Eigen
lich in die Hand
Reichsregierung un
Organen des preuß
rat für Landesam
rend die Mithilfe
Gleich des Reichs
ist.

Beim Eindringen
selbst gewichtige
Land wirklich noch
eine Reichspro
Unterprovingen m
trale Reichsgewalt
staatlichen Lebens
fügt, erfährt eine